

KONFLIKT Seit mehr als drei Jahren ringen Kolumbiens Regierung und Farc-Guerilla um Aussöhnung. Ein Abkommen scheint greifbar. Aber nach einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg trauen viele dem Frieden nicht

Aber nicht um jeden Preis

AUS BOGOTÁ UND FLORENCIA
SEBASTIAN ERB

Wenn Antonio Navarro Wolff über den Frieden spricht, klopfert er an sein linkes Bein, es klingt hohl. Er hat den Krieg erlebt, soll das heißen, das Bein ist eine Prothese. Sein Unterschenkel musste 1985 amputiert werden, weil neben ihm eine Handgranate explodierte, als er gerade in einem Café saß. Und seine Stimme klingt verwaschen, weil ein Splitter einen Zungennerv durchtrennte. „Ich bin total optimistisch, dass es klappt“, sagt Navarro Wolff. Den Optimismus schöpft er aus seiner Vergangenheit. Er war selbst Guerillero.

Als Kommandant der Rebellen-Gruppe M19 legte Navarro Wolff 1990 die Waffen nieder und ging in die Politik. Präsident der verfassungsgebenden Versammlung, Gesundheitsminister, Bürgermeister und Gouverneur. Heute, mit 67, sitzt er für die Grüne Allianz im Senat, moderate Opposition.

Von seinem Büro im Nuevo Congreso im historischen Zen-

„Klar habe ich ein Rachegefühl. Aber ich kann keine Rache üben. Wie auch?“

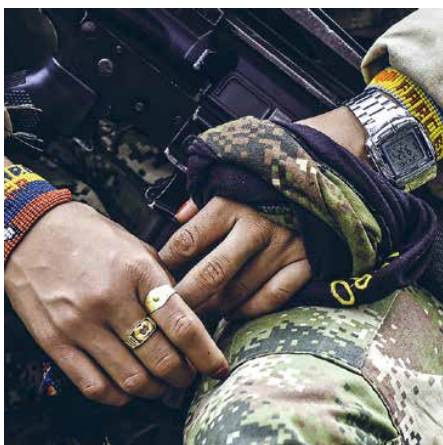
NEIVA BLUSAS RIVAS, OPFER DER FARC

trum von Bogotá sind die Gegenden der Farc weit weg. Dort trauen viele dem Frieden nicht. Navarro Wolff ist sich sicher: Die Farc wollen ihren Kampf beenden, den weltweit ältesten Kampf linker Rebellen. „Warum unterschreibt eine Guerilla ein Friedensabkommen? Weil sie ihre Ziele nicht mit Gewalt erreichen kann. Die Farc wollen Politik machen.“

Guerilleros werden Politiker

Die marxistischen Guerilleros als Parteipolitiker? Alles ist denkbar, seit die Regierung von Präsident Juan Manuel Santos ernsthaft mit den Farc verhandelt, weit weg, in Havanna. Auch Santos will den Frieden, er soll ihn als Politiker unsterblich machen. Einen Erfolg gibt es bereits: Die vergangenen Monate waren in Kolumbien die friedlichsten seit mehr als 50 Jahren, seit Juli starben im Konflikt mit den Farc nur 21 Menschen, ein Rückgang um über 90 Prozent. Es geht um weit mehr als einen formalen Friedensschluss. Das Abkommen soll das Drogenproblem lösen und eine Landreform einleiten. Straßen, Schulen und Gesundheitsstationen sollen gebaut werden in Gegenden, in denen die Menschen den Staat nur vom Hörensagen kennen. Eine Übergangsjustiz ist für die Verbrechen des Bürgerkriegs geplant, sie soll vor allem Wahrheit und Versöhnung bringen und keine harten Strafen.

Eigentlich sollte das Friedensabkommen diese Woche unterzeichnet werden, ein halbes Jahr nach dem historischen Handschlag zwischen Santos und Farc-Chef „Timochenko“. Der Termin wurde nicht gehalten, es ist doch noch zu viel offen. Am Montag redete sogar US-Außenminister John Kerry den Unterhändlern ins Gewissen, sie dürften nicht scheitern. Beide Seiten bekräftigten ihren guten Willen.



Werden die Farc ihre Waffen abgeben? Blasas Rivas floh vor ihnen und ist skeptisch. Exguerillero Navarro Wolff glaubt: ja. Fotos: S. Erb (3), Luis Acosta/afp



Zwei ihrer Brüder habe die Farc ermordet, erzählt Blasas Rivas nebenbei. Was würde passieren, wenn sie bald den Tätern begegnen sollte? Sie überlegt, dann sagt sie: „Klar habe ich ein Rachegefühl, aber ich kann keine Rache üben. Wie auch.“ Viele Farc-Opfer verstehen nicht, dass die Kämpfer Hilfe bekommen sollen, einen Job.

Die Skepsis der Opfer führt zu einer seltsamen Allianz mit einer Partei rechtsaußen, dem „Centro Democrático“ des Ex-Präsidenten Álvaro Uribe. Als Einzige im Parlament widersetzt sie sich dem Friedensprozess.

Im „Nuevo Congreso“ in Bogotá sitzt Alfredo Rangel Suárez, 61, Senator des „Centro Democrático“, in einem Besprechungsraum und stützt sich auf den Ellbogen. „Wir haben nichts gegen ein Friedensabkommen“, sagt er, „aber nicht um jeden Preis.“

„Noch einmal Opfer“

Seine Einwände rattert Rangel schnell herunter: Die Farc-Terroristen seien nicht legitimiert, über die Zukunft des Landes zu verhandeln. Ihre Waffen würden sie nicht abgeben. Die Übergangsjustiz sei nur eine „Justizsimulation“, weil die Farc-Kämpfer nicht nur strafrei blieben, sondern sogar in der Politik mitmischen dürften. „So werden die Opfer noch einmal zu Opfern.“

Haben er und seine politischen Mitstreiter Angst vor der Wahrheit, weil viele rechte Politiker mit Paramilitärs zusammenarbeiteten? „Nein, natürlich nicht“, sagt er, seine Stimme überschlägt sich fast.

Man hätte die Farc weiter militärisch bekämpfen sollen, sagt er. Das war Expräsident Uribes Strategie: erst bomben, dann reden, wenn überhaupt. Auch Befürworter des Abkommens haben Zweifel: Kann man überhaupt von Frieden sprechen, wenn weiter bewaffnete Gruppen aktiv sind? In jüngster Zeit hat die kleinere ELN-Guerilla wieder Schlagzeilen gemacht. Sie soll bereits Gebiete eingenommen haben, die bisher die Farc unter ihrer Kontrolle hatte.

Der Autor recherchierte auf einer Pressereise, die von der Diakonie Katastrophenhilfe organisiert und vom Auswärtigen Amt finanziert wurde. Copermanigua ist Partner der Diakonie

Bürgerkrieg in Kolumbien

■ **Die Farc:** Die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee“ (Farc-EP) wurden 1964 gegründet. Sie verdienen viel Geld mit Entführungen und Drogenhandel. Die Guerilla hat noch 6.000 bis 9.000 Kämpfer.

■ **Der Konflikt:** Seit mehr als 50 Jahren kämpfen linke Rebellen gegen das Militär. Im Bürgerkrieg mischen auch rechte Paramilitärs mit, die – teils erfolglos – demobilisiert wurden. Präsident Uribe (2002–2010) ging hart gegen die Farc vor, sein Nachfolger Santos war damals Verteidigungsminister. Mehr als 3.000 Unbeteiligte wurden als „Falsos Positivos“ ermordet, um angebliche Erfolge im Kampf gegen die Farc zu belegen. Wohl mehr als 300.000 Menschen starben in dem Konflikt, die meisten waren Zivilisten. 6 Millionen der rund 48 Millionen Einwohner Kolumbiens sind Binnenvertriebene, nur in Syrien gibt es mehr.

■ **Die Friedensverhandlung:** Seit 2012 verhandeln Farc und Regierung in Havanna über ein Friedensabkommen. In den vier Punkten Entwicklung, politische Beteiligung, Drogen und Justiz herrscht weitgehende Einigkeit. Streit gibt es über Entwaffnung und Umsetzung des Abkommens.

Diaz. Noch schlimmer: Paramilitärische Gruppen füllten das Machtvakuum, es sei schon eine Gruppe beobachtet worden. „Bei den Farc gibt es zumindest Regeln, die Paramilitärs töten einfach so.“ Er zählt auf: Motorsäge, Säure ins Gesicht, Kinderleiche per Paket an die Mutter.

Sotelo Diaz ist für den Friedensprozess. „Aber der Staat ist darauf nicht vorbereitet.“ Er komme ja nicht mal mit den Opfern des Konflikts zurecht. Am Rand von Florencia leben die Vertriebenen auf besetzten Grundstücken in 14 Siedlungen, mit der Machete aus dem Gestrüpp geschlagen. Eine davon heißt La Ilusión.

Neiva Blasas Rivas wohnt am Ende eines Sandsträßchens. Eine quirlige Frau, Locken, Ohrringe. Ihre Falten lassen erahnen, dass sie in ihren 44 Jahren viel erlebt hat. Sie teilt ihr Leben in ein Vorher und ein Danach. Vorher, da lebte sie auf einer Finca, 40 Hektar, sie pflanzten Kochbananen an, Kaffee, Kakao, Zuckerrohr. Für ihre 20 Rinder mussten sie eine Steuer an die Farc zahlen, 10.000 Pesos jährlich pro Tier, 3 Euro. Vorher, da hatte sie ein glückliches Leben.

Dann kamen die Guerilleros wieder, mit einer neuen Forderung. „Sie wollten mir meine Söhne wegnehmen“, sagt Blasas Rivas. 18 und 19 Jahre waren die damals. Sie flohen.

Seit fünf Jahren wohnt die Familie in La Ilusión. Es gibt Strom und Wasser, aber nur, weil sie sich selbst darum gekümmert haben. Ihr Haus hat keinen Fußboden, Wände aus Brettern, ein

Dach aus Wellblech, das Material haben sie von der Hilfsorganisation bekommen. Elf Personen, Eltern, Kinder, Enkel, schlafen in drei Betten und auf einer Matratze. Das abgewetzte Sofa, auf dem Blasas Rivas sitzt, war auch ein Geschenk. Schließlich wurde sie zur Ortsvorsteherin gewählt, da braucht man so etwas.

„Wir hätten gerne Frieden, aber glauben nicht daran“, sagt sie. So scheint es im ganzen Land zu sein: Zwei Drittel der Kolumbianer gaben bei einer Umfrage an, sie seien pessimistisch, was den Friedensprozess angeht.



PROBEABO

// 3 Monate lesen
// für 10 Euro
// endet automatisch

www.lateinamerika-nachrichten.de

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN // Die Monatszeitschrift

solidarisch
kritisch
unabhängig

ANZEIGE